

Peter Raiser: Alkoholpolitik in Deutschland an der Schwelle zum Politikfeld. Eine Untersuchung der hemmenden und förderlichen Faktoren bei der Entstehung von Politikfeldern. Münster: LIT Verlag, 2018

Gliederung

1 Einleitung

2 Theoretischer Bezugsrahmen I: Politikfelder

- 2.1 Merkmale und Entstehung von Politikfeldern
- 2.2 Die Betrachtung eines Politikfeldes am Beispiel der Umweltpolitik
- 2.3 Zur Untersuchung politischer Outputs in Politikfeldern
- 2.4 Die Betrachtung von Alkoholpolitik als Politikfeld im Modell
- 2.5 Konkretisierung des Forschungsinteresses

3 Theoretischer Bezugsrahmen II: Alkoholpolitik als Politikfeld

- 3.1 Stand der Forschung zu Alkoholpolitik
- 3.2 Wahrnehmungen und Funktionen von Alkohol
- 3.3 Die Problemkonstruktion: Konkurrierende Frames in Politikprozessen
- 3.4 Alkohol als Public Health-Problem
- 3.5 Institutionen der Alkoholpolitik auf Bundesebene in Deutschland
- 3.6 Akteure der deutschen Alkoholpolitik
- 3.7 Instrumente: Strategien, Maßnahmen und Aktionen
- 3.8 Alkoholpolitik in Deutschland

4 Empirie: Auf der Suche nach dominierenden Frames

- 4.1 Methoden der Politikfeldanalyse
- 4.2 Fallauswahl und Datenbasis
- 4.3 Analytisches Vorgehen
- 4.4 Fall 1: Einführung des Alkopopsteuergesetzes
- 4.5 Fall 2: Einführung eines Alkoholverbotes für Fahranfänger
- 4.6 Fall 3: Scheitern eines Aktionsprogrammes
- 4.7 Fall 4: Debatten um ein Alkoholwerbeverbot
- 4.8 Fall 5: Änderungen der Verbrauchsteuergesetze

5 Reformen im Vergleich

6 Diskussion der Ergebnisse

Fazit

Im Gegensatz zu gewöhnlichen Konsumgütern hat Alkohol eine nahezu einzigartige Stellung in unserem Rechtssystem, sieht man einmal von Tabak bzw. Nikotin ab. Er unterscheidet sich von anderen legalen Konsumgütern darin, dass seine psychoaktive und biochemische Wirkung alle Kriterien von ansonsten illegalen Drogen erfüllt. Das Schädigungspotential von Alkohol und vor allem das Ausmaß seiner gesellschaftlichen Folgen gelten als ähnlich

schwerwiegend, wie das von Substanzen wie Heroin und Kokain. Im Gegensatz zu anderen Drogen untersteht der Alkohol jedoch nicht dem deutschen Betäubungsmittelgesetz. Dennoch kann dem allgemeinen Interesse einer Gesellschaft unterstellt werden, dass eine Reduzierung aller durch den Konsum entstehenden negativen Folgen Ziel gesellschaftlicher Übereinkünfte ist, sei es in Form sozialer Normen oder gesetzlicher Regelungen zu Herstellung, Handel und Konsum. Insbesondere die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Kommission der Europäischen Union (EU) fordern die europäischen Staaten seit über 20 Jahren dazu auf, alkoholpolitische Strategien zu entwickeln.

Nach aktueller Auffassung wird in der Literatur zu Politikfeldern eine spezifische und dauerhafte Konstellation von aufeinander bezogenen Problemen, Akteuren, Institutionen und Instrumenten als politikfeldverdächtige Konstellation beschrieben. Das bedeutet, dass das Vorliegen dieser konstituierenden Elemente eine erforderliche aber nicht hinreichende Bedingung für die Existenz eines Politikfeldes ist. Vor diesem Hintergrund rücken die Entstehungsbedingungen von Politikfeldern ins Interesse. Die zugrunde liegenden Mechanismen, förderliche und hinderliche Einflussfaktoren sind bislang jedoch nicht ausreichend untersucht worden. Diskutiert wird, inwiefern Besonderungsansprüche gegenüber Subsumierungstendenzen zentral für die Entstehung von Politikfeldern sind. Auch Impulse internationaler Institutionen und Organisationen werden als Triebkraft für die Entstehung von Politikfeldern gesehen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich das politische Handlungsfeld alkoholbezogener Regelungen als politikfeldverdächtige Konstellation beschreiben. Als Untersuchungsgegenstand ist Alkoholpolitik deshalb geeignet, da das Vorliegen der Konstellation aus dauerhaft und aufeinander bezogenen konstituierenden Elemente ebenso identifiziert werden kann, wie die Feststellung zutrifft, dass die Impulse der Weltgesundheitsorganisation und der EU Kommission dem Entstehen eines Politikfeldes förderlich sein könnten.

Ob sich Alkoholpolitik zu einem eigenständigen Politikfeld entwickelt hat, wird in der vorliegenden Arbeit mittels einer Politikfeldanalyse untersucht. Dabei sollen auch Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Mechanismen in politischen Prozessen wie Gesetzgebungsverfahren und anderen Parlamentsvorgängen zugunsten oder gegen die Entstehung eines Politikfeldes wirken. In der als vergleichende Fallanalyse angelegten Untersuchung wird der Akteurzentrierte Institutionalismus als Forschungsheuristik herangezogen und kombiniert mit einer Framinganalyse, die die Problemkonstruktion und Lösungsvorschläge der Akteure in den Blick nimmt. Als zentrale Bedingung für sowohl die Entstehung eines eigenständigen Politikfeldes als auch alternativ der Subsumierung eines zusammenhängenden Handlungsfeldes unter ein bereits bestehendes Politikfeld wird in der Arbeit eine einheitliche Problemwahrnehmung durch die Akteure erkannt.